

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20  
monatlich 40 Pf.  
bei allen würt. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nach-  
barnortsverkehr vierteljährlich M. 1.20  
ausserhalb desselben M. 1.30.  
hievu Postgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Englstörle etc.

Beitrag für Politik,  
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Garmondzeile.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Petitzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Abonnements  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 12

Wildbad, Montag den 16. Januar

1905

**Der Etat des Departements des Innern,**  
der eben erschienen ist, stellt den Staatsbedarf in diesem  
Departement für 1905 auf 11 281 220 M. fest, das sind  
780 491 M. mehr als im Jahre 1904; für 1906 ist der  
Bedarf nur ca. 3000 M. höher. Für Quartier-  
kostenzuschüsse ist eine Mehrforderung von je 10 000  
M. bestimmt, während die öffentliche Wasserver-  
sorgung ein Mehr von je 85 000 M. erfordert. Beim  
Landjägerkorps ergibt sich ein Mehraufwand von  
51 293 resp. 37 513 M. Es sollen 20 neue Landjäger  
eingestellt werden, was u. a. mit der Notwendigkeit eines  
ausgezeichneten und wirksameren Schutzes der Landes-  
grenze gegen Bugeuner und Landstreicher, mit dem  
Anzug vieler Ausländer aus Anlaß von Straßen- und  
Bahnbauten und der allgemeinen Steigerung des Ver-  
kehrs begründet wird. Für Gefangenentransport-  
kosten wird ein Mehr von je 48 000 M. als erforderlich  
erachtet. Beim Aufwand für die Staats- und Privat-  
irrenanstalten wird mit einem Mehr von 91 373  
bzw. 61 975 M. zu rechnen sein. Für die öffentliche  
Gesundheitspflege werden mehr gefordert 29 820  
bzw. 39 570 M. Die Kosten der Fleischbeschau sind  
veranschlagt auf 5 750 bzw. 15 500 M. Die Zentral-  
stelle für die Landwirtschaft erfordert bei einem  
Gesamtaufwand von rund 800 000 M. ein Mehr von  
141 115 bzw. 144 115 M. Der Etatsjah für die För-  
derung der Rindviehzucht und des Molkereiwesens,  
der im letzten Etat von 100 000 auf 110 000  
M. erhöht wurde, soll jetzt auf 120 000 M. festgesetzt  
werden, insbesondere für Unterstützung der Jungvieh-  
weiden und der Einfuhr von Zuchtvieh. Für Zwecke der  
Gestützwirtschaft sind 3000 M., für Vogelschutz 1000 M.,  
für die Fischzucht 5500 M. vorgesehen, für Förderung  
des landw. Genossenschaftswesens je 45 000 M.,  
für Viehverversicherung 40 000 M. (1906: 45 000 M.),  
für Unterstützung von Düngungs- und Futtermittel 8500  
M. Die Kosten der Heblausbekämpfung sind  
wieder zu je 51 000 M., diejenigen der Ausführung des  
Reichsweingegesetzes zu 9000 M. veranschlagt. Beim  
Heilbereinigungs- und Restaurationswesen ist ein Mehr-  
bedarf von 89 290 bzw. 87 290 M. eingestellt. Seit  
dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1886 sind 648 Heil-  
bereinigungsfälle anhängig geworden, von denen 476  
ausgeführt oder in Durchführung begriffen sind; betei-  
ligt sind dabei 74 503 Grundeigentümer. Zur Förderung  
der Hagelversicherung werden je wieder 200 000  
M. verlangt, für das Landgestüt je 210 000 M.,  
für die Fohlenaufzuchtanstalt je 23 150 M.

und für Hebung der Privatpferdezucht je 66 500  
M.; bei letzterem Titel findet sich eine Erhöhung von  
2000 M. für die Beiträge zu neuen Fohlenweiden. Bei  
der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die  
einen Aufwand von rund 503 000 M. erfordert, ergibt  
sich ein Mehraufwand von 57 030 bzw. 56 630 M.  
Eine neu im Etat auftretende Erzigung ist diejenige von  
je 7000 M. für die Lehrwerkstätte für das Gerberei-  
gewerbe in Reisingen. Für die Stuttgarter Buch-  
druckererschule tritt ein neuer Etatposten mit einer  
Erzigung von je 2000 M. auf. Ein weiterer neuer Titel  
mit einer Erzigung von je 5000 M. ist die Beratungs-  
stelle für das gesamte Baugewerbe, die namentlich  
auch kleineren Meistern auf dem Lande den Wettbewerb  
erleichtern soll. Als erstmaliger Titel erscheint sodann  
auch mit einer Erzigung von je 16 000 M. die Förderung  
des Genossenschaftswesens in Gewerbe und  
Handel; die Mittel sollen verwendet werden zu den  
laufenden Verwaltungskosten kleingewerblicher Genossen-  
schaften und Verbände, zur Veranstaltung von Unter-  
richtskursen über kleingewerbliche Genossenschaften und zu  
Beiträgen an solche Genossenschaften selbst. Für die Ver-  
anstaltung von Meister- und Gesellenkursen  
werden 14 000 M., 6000 M. mehr als 1904, gefordert.  
Bei der Gewerbeinspektion, die einen Aufwand  
von rund 75 000 M. erfordert, zeigt sich ein Mehr von  
je 11 000 M. zur Vermehrung des Aufsichtspersonals  
und der zunächst versuchsweise beabsichtigten Inzision  
eines Arztes zur Ausübung der Gewerbeaufsicht. Für  
die Arbeitsvermittlung werden wieder 10 000 M. gefor-  
dert. Der Etat des Straßenbaues figuriert mit  
3 890 057 M., das ist ein Mehr von 92 495 M. Die  
Gesamtlänge der Staatsstraßen beträgt jetzt 2753 Kilo-  
meter, ca. 17 Kilometer mehr als in der letzten Etats-  
periode. Im Straßenbauetat für 1905/07 sind u. a. als  
dringend notwendige Bauten bezeichnet: Erbrei-  
nung der Erzbrücke bei Neuenbürg 25 000 M., Verbes-  
serung der Staatsstraße zwischen Rottweil und Södingen  
(bei Böhlingen) 38 500 M., Umbau der  
Schmiedehäbrücken in Ebingen und Dinsmet-  
tingen 35 000 M., Verbesserung der Staatsstraße  
zwischen Mädingen und Bremelau 70 000 M., Ver-  
besserung der Staatsstraße zwischen Ravensburg und  
Weingarten 50 000 M. Als wünschenswert wird bezeich-  
net der Bau einer neuen Donaubrücke in Tuttlingen an  
Stelle der alten hölzernen mit 120 000 M., der Umbau  
der oberen Neckarbrücke in Sulz mit 135 000 M., die Ver-  
legung der Staatsstraße Böblingen-Caimbach in der Marl-

ung Calw mit 120 000 M. u. a. Die dringend notwen-  
digen Straßenbauten sind im ganzen veranschlagt zu  
1 230 300 M., die wünschenswertesten auf etwas über  
3 000 000 M. Staatsbeiträge werden im Flußbau-  
etat vorgeschlagen u. a. für Verbesserungen der  
Enach und der Schmieda 200 000 M. Für  
milde Zwecke sollen 180 461 M. ausgeben werden.  
Die öffentliche Armenpflege erfordert jährlich  
245 600 M. (5200 M. mehr als in der letzten Etats-  
periode) und die Zwangserziehung Minderjähriger  
57 900 M. bzw. 62 900 M. (10 200 M. bzw. 15 200  
M. mehr.)

### Aus der Sozialdemokratie.

Das Urteil über Mehring.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Ber-  
liner Pressekommision veröffentlichten im „Vorwärts“ ihre  
Entscheidung in dem „Jungbrunnenstreit“ zwischen Mehr-  
ring und „Leipziger Volkszeitung“ einerseits und dem  
„Vorwärts“ andererseits. Der Atlas zählt sämtliche Be-  
schimpfungen Mehrings gegen das Zentralorgan auf und  
fährt dann fort: „Nur die Behauptung, der „Vorwärts“  
sei ein Blatt, das, statt seiner Bestimmung gemäß das  
prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder  
prinzipiellen Frage hin- und herzuwankt und für die  
politische und wirtschaftliche Entwicklung der Partei langst  
zum rudimentären Organ geworden sei, nötigt uns zu  
einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit  
entspreche, so würden Parteivorstand und Pressekommision  
mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre  
eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche  
Rebaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentral-  
organ der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt,  
daß über die Haltung des „Vorwärts“ in einigen Fragen  
der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns  
und der Rebaktion bestanden haben. Niemals aber hat  
der „Vorwärts“ zu einer ehrenkränkenden und be-  
leidigenden Verurteilung Veranlassung gegeben, wie  
es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten  
Auseinandersetzungen geschehen ist. Wir halten uns deshalb  
für verpflichtet, diese Herabwürdigung der Gesamthaltung  
der Rebaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurück-  
zuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die  
Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehring gegen  
die Rebaktion des „Vorwärts“ beliebt. Eine derartige  
Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur  
schwersten Schädigung und zur Zerrüttung  
der Partei führen.“

### Der letzte Tag eines Verurteilten.

Von Victor Hugo.

Rebaktion verurteilt.

Fortsetzung.

Der Verteidiger erhob sich.  
Ich begriff, daß er den Spruch der Geschworenen  
abzuschwächen suchte, um an Stelle der Todesstrafe eine  
lebenslängliche Freiheitsstrafe durchzusetzen, auf die er  
von Anfang an gehofft und die mich so aufgebracht hatte.  
Die Erbitterung in mir mußte wohl sehr groß sein,  
um sich Bahn durch die tausend Empfindungen zu brechen,  
die in meinem Innern tobten.

Ich wollte mit lauter Stimme wiederholen, was ich  
dem Verteidiger schon vorher gesagt hatte: Hundertmal  
lieber den Tod! Aber der Atem fehlte mir. Ich konnte  
ihn nur heftig am Armel fassen und ihm mit äußerster  
Kraftanstrengung zurufen: Nein!

Der erste Staatsanwalt widerlegte meinen Vertei-  
diger, und ich hörte mit einem stumpfen Gefühl der Ge-  
nugtuung zu. Dann gingen die Richter hinaus, um nach  
kurzer Frist zurückzukehren, und der Präsident las mein  
Urteil vor.

„Zum Tode verurteilt!“ murmelte die Menge. Als  
man mich fortführte, strömte die Menge hinter mir her  
mit einem Getöse, wie es ein einstürzendes Haus verur-  
sacht. Ich ging wie betäubt hinaus. In meinem Innern  
wurde es Nacht. Bis zu dem Todesurteil hatte ich ge-  
fühlt, daß ich atmete und lebte wie andere Menschen. Jetzt  
war es mir, als sei eine Mauer zwischen mir und der  
Welt errichtet. Alles erschien mir anders als vorher.

Die breiten hellen Fenster, die schöne Sonne, der  
klare Himmel, die tiefe Blume, alles war erloschen,  
als sei ein Reichtum darüber geworfen. Die Männer,  
die Frauen und die Kinder, die sich um mich drängten,  
grinnten mich an wie Gespenster.

Am Fuße der Treppe erwartete mich ein schwarzer  
und schmutziger Wagen mit Gitterfenstern. Als ich ein-  
stieg, blühte ich noch einmal über den Platz. „Ein Ver-  
urteilter!“ schrien die Vorübergehenden, und ließen auf  
den Wagen zu. Durch die Wolke, die wie mir schien,  
sich zwischen mich und die übrige Welt gelegt hatte, sah  
ich zwei junge Mädchen, die mich mit neugierigen Blicden  
verfolgten. „Schön,“ rief die Jüngere, und flatschte in  
die Hände, „in sechs Wochen giebt's also eine Hin-  
richtung.“

III

Zum Tode verurteilt!

Warum nicht? „Die Menschen,“ erinnere ich mich  
in irgend einem Buche gelesen zu haben, in dem nur  
diese eine zutreffende Stelle zu finden war, „die Men-  
schen sind alle zum Tode verurteilt, freilich mit un-  
bestimmter Frist.“ Inwiefern hat sich nun hiernach meine  
Lage eigentlich verändert?

Wie viele sind seit der Stunde, in der mein Urteil  
mir verkündet worden ist, gestorben, die auf ein langes  
Leben hofften! Wieviele sind mir vorausgegangen, die  
jung, frei und gesund, sich vorgenommen hatten, den Tag  
den Tag nicht zu versäumen, an dem mein Kopf auf  
dem Grebeplatz fallen soll. Wie viele, die heute noch  
in freier Luft atmen und sich ihres Daseins freuen, werden  
bis dahin mir dennoch in den Tod vorangehen!

Und dann, was hat denn das Leben noch so An-  
genehmes für mich? Ein ddes Leben in einer Zelle,  
schwarzes Gefängnisbrot, schmale Portionen Fleischbrühe,  
aus dem Klübel der Zuchthaussträflinge geschöpft. Ich  
kann angeschauzt und mißhandelt werden, von Schlichtern  
und Aufsehern — ich, der ich durch eine gute Erziehung  
verwöhnt bin! Ich seh kein menschliches Wesen mehr,  
das mich noch eines Wortes würdig erachtet und dem ich  
antworten kann. Unaufhörlich jagt mir meine Tat Grau-  
sen ein und ich zittere: was wird noch mit mir ge-  
schehen? — Das ist so ziemlich die ganze Herrlichkeit,  
die mir der Hentler noch rauben kann.

Ah — und doch ist es so gerecht!

IV

Der schwarze Wagen brachte mich hierher, nach dem  
gräßlichen Biestre.

Von Weitem gesehen, hat dieses Gebäude etwas  
Majestätisches. Es breitet sich am Horizont, auf dem  
Gipfel eines Hügels, aus und wagt auf Entfernung  
noch etwas von seiner alten Pracht. Es sieht wie ein  
Königschloß aus. Aber je näher man herankommt, desto  
mehr wird das Schloß einer Ruine ähnlich. Die ver-  
fallenen Giebel beleidigen das Auge. Es ist, als ob eine  
Schicht von Schande und Aermlichkeit diese königlichen  
Fassaden beschmutzt hätte; man könnte sagen, die Mauern  
hätten den Auszug. Keine Schreien mehr, keine Fenster-  
rahmen, aber massive Eisenstangen kreuz und quer, an  
die sich hie und da das abgesehrte Gesicht eines Zuch-  
thauslees oder eines Wahnsinnigen anlehnt.

So sieht das Leben in der Nähe aus!

Fortsetzung folgt.



**Eine schlechte Ansrede!**

Nicht nur in volksparteilichen Kreisen ist man einigermaßen erstaunt über den herzlich unbedeutenden Verlauf der Landesversammlung der Deutschen Partei in dieser politisch doch nicht ganz bedeutungslosen Zeit. Der deutsche Liberalismus versucht sich gegenwärtig, in der Erkenntnis der staatlichen Notwendigkeit, zu neuer Bedeutung in Deutschland durchzurufen. Nicht nur der Linksliberalismus pflegt unter sich den Zusammenschluß. Auch mit dem Nationalliberalismus sind vielfach taktische Verständigungen erfolgt, die sich in Bayern bis zu einem gemeinsamen Wahlausruf verdichtet haben, — es geht also etwas vor! Und man weiß sogar was! Nur auf der Landesversammlung der württembergischen Nationalliberalen scheint man es nicht gewußt zu haben! Das fällt um so mehr auf, als zwei Tage zuvor in der Landesversammlung der Volkspartei die „liberale Frage“ ernst und sachlich erörtert und die Stellung der Volkspartei ziemlich erkennbar präzisiert wurde. Weniger zur Belehrung des Gegners, als zur Beschwichtigung der Unzufriedenen in den eigenen Reihen muß nun die deutschparteiliche Presse die Unzulänglichkeit der deutschparteilichen Versammlungsreden mit der Aeußerung Payers begründen:

„Spären die Einflußreichen einmal die Lasten, und zwar so, wie es ihrer Leistungsfähigkeit angemessen ist, so hat auch die Stunde der letzten Heeresvermehrung geschlagen.“

Dazu wird in deutschparteilichen Blättern bemerkt: „Wenn das „Freiwirtschaftliche“ Bürgertum das „liberale“ Bürgertum in dieser Weise einschätzt, dann ist es begreiflich, wenn auf der Versammlung der Deutschen Partei der Gedanke einer „Allianz“ ausdrücklich abgewiesen wurde.“

Diese Ansrede ist natürlich mehr als schwach. Im Uebrigen haben es die Militärbewilligungsfreunde ja in der Hand, die Aeußerung Payers dadurch Lügen zu strafen, daß sie die Bestrebungen auf Schaffung einer direkten progressiven Reichsteuer, die Leben seiner Leistungsfähigkeit gemäß heranzieht, zu unterstützen! Bisher haben die Bewilliger die Lasten durch die indirekte Steuer immer in der Hauptsache auf die „schwachen Schultern“ gelegt; und leider scheint es nochmals so gehen zu wollen. Wir hoffen, daß sich diejenigen, die sich über das Wort Payers enträufen, mit mindestens derselben Entrüstung derartigen Absichten widersetzen!

**Württemberg. Landtag.**

Stuttgart, 13. Jan.

Bei der fortgesetzten Beratung der in Art. 10a der Bezirksordnung niedergelegten Bestimmung bezüglich der Uebernahme des oberamtlichen Gefängniswesens auf den Staat wurde eine Einigung nicht erzielt und der Artikel an die Kommission zurückverwiesen. Rembold-Gmünd schlug vor, daß diejenigen Anstaltskörpern, die bisher nur geringfügige Aufwendungen auf das oberamtliche Gefängniswesen machten und deren Gefängnisgebäude etc. einen Wert von weniger als 10 000 Mark haben, dem Staat eine Entschädigung zu zahlen hätten, und zwar in der Höhe des Betrages, um welchen der Schätzungswert des Gefängnisgebäudes hinter der bereits in der vorhergegangenen Sitzung beantragten Entschädigungsgrenze von 10 000 Mk. zurückbleibt, andererseits sollten dann diejenigen Anstaltskörpern, welche zum Teil in jüngster Zeit noch größere Aufwendungen für ihre Gefängnisse machten, vom Staat entschädigt werden und zwar zu einem Drittel des Betrages, um welchen der Schätzungswert des Gebäudes die Summe von 10 000 Mark übersteigt. Der Minister des Innern stellte sich diesem Antrag nicht unfreundlich gegenüber, während die Abgeordneten derjenigen Bezirke, welche bisher einen nur geringen Aufwand für ihr oberamtliches Gefängnis machten und dementsprechende Entschädigungen an den Staat abzuführen hätten, von der hier vorgeschlagenen Regelung nichts wissen wollten. Der Abg. Liesching meinte so, daß der Minister es meisterlich verstanden habe, die Vertreter dieser Bezirke gegen seine (Lieschings) Anträge „aufzuheben“, ein Ausdruck, den Liesching nach einer Mahnung des Präsidenten zur Mäßigung unter der Heiterkeit des Hauses in „aufzufordern“ rückwärts remidierte. Art. 14 ordnet die Aufgaben und Verhältnisse der Oberamtsparlamente neu. Heute hörte man nur die Referate der beiden Berichterstatter Liesching und Sommer darüber an.

**Im Reichstag**

ging gestern die Beratung des Justizetats weiter. Der freisinnige Herr Leuzmann erzielte starke Wirkung durch eine sachliche Kritik unseres Justizwesens. Als der Redner neben dem „Fall Kuhstrat“ auch den „Fall Häßener“ anzog und Aufklärungen über die angeblich sehr bequeme Art der Strafverbüßung dieses Herrn verlangte, fertigte Staatssekretär Dr. Nieberding den Redner mit der Bemerkung ab, er, der Staatssekretär, „sei kein Mädchen für alles“; das gehe den Kriegsminister an und der habe keine Zeit, bei Beratung eines fremden Ressorts in den Reichstag zu sitzen und zu warten, bis der Fall Häßener drankomme! Im Laufe der Debatte führten mehrere Redner Einzelfälle an, um darzutun, daß in Deutschland nicht mehr Alle gleich seien vor dem Gesetz. Der Staatssekretär bemerkte daraufhin, man möchte ihm solche Fälle vorher anzeigen, damit er sie untersuchen könne!

**Südwestafrika vor der Budgetkommission.**  
In der Budgetkommission erklärte Staatssekretär von Stengel, daß der Reichskanzler kein Bedenken trage, um Indemnität für Ausgaben in Südwestafrika zu bitten. Kolonialdirektor Stübel erklärte auf Anfragen, in den nächsten Tagen gebe dem Reichstag eine Darlegung zu

Mit den Verstärkungen, die noch auf dem Meere schwimmen, seien 519 Offiziere, 154 Beamte, 11 068 Mann, 9987 Pferde, 54 Geschütze und 16 Maschinengewehre auf dem Kriegsschauplatz; bis Ende Dezember waren 42 Millionen Mark verausgabt; sehr viel höher als bei der ostasiatischen Expedition (1) würden die Kosten nicht werden. Gefallen sind bei der aktiven Schutztruppe 35 Offiziere, 75 Unteroffiziere und 363 Reiter, bei der Marine 7 Offiziere, 11 Unteroffiziere und 72 Gemeine, von den Farmern und der Reserve 12 Offiziere und 177 Mann. Gegenüber Wasser-Reinigen fährt Stübel aus, um neue Ziele und Zwecke handle es sich bei der Expedition nicht. Das Ziel sei nach wie vor die Niederwerfung des Aufstandes. Nach weiterer Debatte vertagt sich die Kommission auf Dienstag.

**Politische Rundschau.**

**Deutschland. Eine Mißachtung des Reichstags.** Mit seltener Einmütigkeit haben Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstags die Vertreter aller Parteien dagegen protestiert, daß die Reichsregierung, ohne den Reichstag zu fragen, große Aufwendungen für Südwestafrika gemacht hat. Alle Parteien erblicen darin eine Mißachtung des Reichstages und eine Verletzung der Verfassung, und alle verlangen, daß der Reichskanzler wenigstens nachträglich Indemnität für die ohne verfassungsrechtliche Genehmigung gemachten Ausgaben einhole. Das wird Graf Bülow natürlich tun, aber es darf sich doch Niemand darüber täuschen, daß durch diese nachträgliche Indemnität, die seit Jahren zu einer gewissen Praxis gewordene verfassungswidrige Verwendung großer Summen, wo es sich um militärische Dinge handelt, in Zukunft nicht verhindert werden wird.

**Serbien. Gegen die Königsmörder.** Das diplomatische Korps in Belgrad hat bei der serbischen Regierung einen gemeinsamen Schritt gegen die Königsmörder unternommen. Die Veranlassung hierzu war der Umstand, daß bei dem Mahl, das König Peter zu Ehren des neuen italienischen Gesandten veranstaltete, auch die beiden Haupturheber des Königsmordes, die Obersten Popowitsch und Maschin, an der Hofgesellschaft erschienen. Da sämtliche Vertreter der fremden Mächte in dem Wunsche übereinstimmten, derartigen Begegnungen mit den Königsmördern bei offiziellen Anlässen nicht mehr ausgelegt zu sein, so wurde der österreichische Gesandte, Baron Dumba, als Donen des diplomatischen Korps mit der Aufgabe betraut, Schritte bei dem serbischen Minister des Aeußern zu unternehmen.

**Italien. Vatikan und Quirinal.** Dem Umstand, daß der Herzog und die Herzogin von Genoa dieser Tage einer Heiligensprechung in der St. Peterskirche anwohnten und nachher den Vatikan besuchten, wird große politische Bedeutung beigelegt.

**England. Ministerpräsident Balfour** hielt in Glasgow eine Rede, in der er hervorhob, daß das wahre Problem der Verteidigung Englands in Afghanistan liege. Durch die von Lord Kitchener in Indien eingeführte Heeresorganisation habe sich die Leistungsfähigkeit der indischen Armee gewaltig gehoben. Das Ergebnis der Flottenreform sei, daß die Kampfkraft der englischen Flotte während der ersten 24 Stunden eines Konflikts mit einer fremden Macht verdreifacht werde. Die Erfolge der Regierung in Bezug auf Erhaltung des Friedens seien noch größer gewesen, England habe die Führung im Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen übernommen.

**Indien. Ein Eingeborenenkampf.** Zwischen dem Fürsten von Sir und dem Fürsten von Nawagai hat ein Kampf begonnen. Letzterer eroberte ein Fort. Eine englische fliegende Kolonne ist aufgebrochen, um möglicherweise den Fürsten von Sir zu unterstützen.

**Aus dem Ruhr-Revier.**

Bochum, 12. Jan. Die Delegiertenversammlung hat die Forderungen der Bergleute folgendermaßen formuliert: 1) 9stündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für 1906; 2) 8 1/2stündige Arbeitszeit einschließ-

lich Ein- und Ausfahrt für 1906; 3) die Wagen werden nach Gewicht berechnet; 4) die Wagenkontrollen bezahlt die Belegschaft; 5) der Minimallohn für Häuer beträgt 5 Mk., für Schleppler 3,80 Mk., für Pferdetreiber und Bremser 3 Mk.; 6) wird die Schaffung von Arbeiterausschüssen gefordert; 7) Deputatlohn sind zum Selbstkostenpreis zu überlassen; 8) wird gefordert eine Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisation; 9) es dürfen keine Abzüge und Strafen für den Streik erfolgen; 10) das Oberbergamt wird als Einigungsamt vorgeschlagen.

Essen a. R., 14. Jan. Die Zunahme der Zahl der Streikenden von gestern auf heute ist nicht stark gewesen. Im Ganzen schätzt man 69 000 Streikende von 90 Zechen. Die Aussicht auf Verhinderung des Generalstreiks ist nicht mehr sehr groß.

Essen a. R., 13. Jan. Auf einigen Zechen kam es gestern beim Schichtwechsel zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitwilligen, besonders auf der Zeche „Konfordia“ bei Oberhausen, wo etwa 1500 Ausständige auf den Zechenplatz drangen und Arbeitwillige mißhandelten.

Kuhrort, 14. Januar. 100 Schutleute besetzten die Stimmzettel. Auf Mathias Stimmes stürzten 500 Bergleute den Zechenplan. Die Stimmung wird immer ernster.

**Die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft.**

Berlin, 13. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Bei den Regierungsverhandlungen ist der württ. Antrag im einzelnen durchberaten und Johann wegen der anstehenden Berechnungen und Feststellungen im einzelnen ein Ausfluß gewährt worden. Nach Erledigung dieser Zwischenarbeiten wird die gesamte Kommission wieder zusammentreten.

**Handelsvertragsverhandlungen.**

Budapest, 13. Jan. In der getreiden gemeinsamen Ministerkonferenz wurden die schwebenden Fragen beraten und Beschlüsse gefaßt. Die Delegierten reisten heute wieder nach Berlin.

**Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.**

Berlin, 14. Jan. Wie Trotha meldet, traf Deuling am 10. Jan. in Stamprietfontein ein. Siegreiche Gefechte hatten folgende Abteilungen: Ritter gegen 200 Eingeborene am 3. Januar, Bengerte und Ritter am 6. Jan. bei Gochas und die vereinigten Verbände am 7. bei Swartfontein gegen die Witbooi unter Hendrik Witbooi. Anobobacht ist vom Feinde gesäubert. Der Feind hatte insgesamt 150 Tote. Sein Widerstand war außerordentlich zäh.

**Vom ostasiatischen Krieg.**

Vizeadmiral Dubassow über die allgemeine Lage.

Der Vertreter Russlands in der Untersuchungskommission für den Zwischenfall in der Nordsee, Vizeadmiral Dubassow, hat in Paris dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ Marcel Putin erklärt, daß er vor seiner Abreise nach Paris am vorigen Donnerstag dem Zaren ein Marineprogramm vorgelegt habe, das im nächsten Ministerrat nach seiner Rückkehr eingehend geprüft werden soll. Dann fuhr der Admiral fort:

Die großen Linien dieses Programms sind folgende: Ich wies auf meine absolute Ueberzeugung hin, daß Rußland alles anbieten muß, um seine Flotte völlig wiederherzustellen und fertig zu machen, und auf allen russischen und auswärtigen Werften Fahrzeuge bauen zu lassen gezwungen ist, damit es auf dem Meere die Uebermacht wieder erhält. Die Schiffe müssen ohne jede Unterbrechung gebaut werden, Rußland muß sich in Hinsicht auf dieses Ziel die nötigen Opfer für eine so große Ausgabe auferlegen; denn diese sind absolut unerlässlich, wenn wir im nächsten Kriege mit Japan den Sieg erringen wollen. Denn der Fall von Port Arthur nimmt uns für den Augenblick jede Hoffnung, die Japaner auf dem Meere zu schlagen. Ich glaube nicht, daß der Admiral Roschdewitsch eine siegreiche Schlacht liefern kann oder auch nur zu liefern gedenkt. Wir brauchen 20 Monate (?), um unser Marineprogramm auszuführen. Sie fragen mich, ob während dieser Zeit nichts auf dem Lande geschehen wird? Ich bin der Ansicht, Europa könnte etwas gegen Korea unter-









**Letzte Nachrichten.**

**Stuttgart, 15. Jan.** Der Direktor der Württembg. Bankanstalt, Wilhelm Geßel, ist gestern abend nach längerer Krankheit im Diakonissenhaus gestorben.

**Essen, 14. Jan.** Die Zahl der Ausständigen in der Frühlingszeit beträgt 49794. Vom Ausstand sind 99 Zechen betroffen.

**Essen, 14. Jan.** Es sind heute 8 Zechen neu in den Ausstand getreten.

**Nagasaki, 14. Jan.** General Stöffel mit Gemahlin sind heute hier eingetroffen.

**Aus Stadt und Umgebung.**

**Wildbad, 15. Jan.** Die zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Partei am Samstag stattgefundene Versammlung war von 70-80 Personen besucht. Im Mittelpunkt stand der Bericht des Parteisekretärs Dr. Fezer über „die politische Lage im Reich und im Land“. Er ging aus von der Hebung des Volkswohlfundes, die sich durch die Spareinlagen und den Fleischkonsum nachweisen lassen und der Volksgesundheit, die sich durch das höhere Durchschnittsalter und den Geburtsüberschuß zeige, um dann nachzuweisen, daß wir unsere Rüstungen zu Wasser und zu Land nicht einschränken können. Die Stellung der Partei zur Sozialdemokratie und zum Zentrum wurde genau dargelegt, wobei das Zentrum als der größere Feind bezeichnet wurde. Mit einer in dieser Partei ungewohnten Schärfe wurden die Geschenke des Kaisers an das Ausland und das Telegramm an den Regenten von Lippe kritisiert, was Herrn Oberförster Hopfengärtner nachher veranlaßte, dagegen zu sprechen, worauf ihm der Bescheid wurde, daß diese Kritik an die Adresse des Reichstanzlers gerichtet war. Auch Mißstände im Offizierkorps

und die Soldatenmißhandlungen kamen zur Sprache. Außer der Reichspolitik kam die Landespolitik zur Behandlung, indem die durch das Scheitern der Schulgesetznovelle geschaffene Lage beleuchtet wurde. Als weiterer Redner trat noch Herr Reallehrer Rirschmer auf, der den Niedergang des Liberalismus der Gleichgültigkeit und Spaltung der bürgerlichen Kreise zuschrieb und zur Sammlung und Einigung des liberalen Bürgertums aufmunterte.

\* Für die baulichen Aenderungen im Verwaltungsgebäude Calmbach sind folgende Bauarbeiten im Auftrage zu vergeben: 1. Zimmerarbeit 1700 Mk., 2. Gipserarbeit 420 Mk., 3. Schreinerarbeit 1450 Mk., 4. Glaserarbeit 300 Mk. und 5. Schlofferarbeit 895 Mk. Pläne, Kostenanschlag und Bedingungen liegen in dem Geschäftszimmer der Kgl. Eisenbahnbau-Inspektion Pforzheim, Luisenstraße Nr. 2, zur Einsicht auf. Tüchtige Unternehmer werden eingeladen, Angebote in Prozenten des Kostenvoranschlags ausgedrückt, verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens Samstag den 21. Jan. d. J. vormittags 9 Uhr an die Kgl. Württ. Eisenbahnbauinspektion in Pforzheim einzureichen. Der Bauinspektion nicht bekannte Bewerber haben ihrem Angebot Fähigkeits- und Vermögenszeugnisse neueren Datums anzuschließen.

\* Um Mitarbeit im lokalen Teil unseres Blattes möchten wir unsere Leser bitten. Trozdem von uns Vorkerkungen getroffen sind, mit Hilfe von ständigen Mitarbeitern allen Ansprüchen der Leser inbezug auf die lokale Berichterstattung gerecht zu werden, so kann dennoch die Zeitungsredaktion die gelegentliche Mitarbeit der Abonnenten nicht entbehren, und die Leser können ihrem Blatte durch Mitteilung von Vorkommnissen, deren Zeugen sie vielleicht gewesen sind oder von denen sie erfahren, gar gute Dienste leisten. Das gilt von kurzen Mitteilungen, z. B. über

Unglücksfälle, Verkehrsstörungen, Jubiläen und hundert anderen Fällen. Wir ersehen gerne die Portokosten.

**Standesbuch-Chronik der Stadt Wildbad**

- Geburten.**
- 6. Jan. Klaus, Wilhelm, Holzauer hier, 1 Tochter. (Geschließungen.)
  - 7. Jan. Köhler, Franz, Eugen, Bruno, Oberkellner in Metz und Bägner, Luise Wilhelmine hier.
  - 7. Jan. Schill, Karl Wilhelm, Baddiener hier und Krauß, Luise Marie, Baddienerin hier. (Aufgebote.)
  - 9. Jan. Schmid, Wilhelm Gottlob, Schneidermeister hier und Wendel, Marie Karoline hier.
  - 10. Jan. Waidelich, August, Schneider in Nonnenmühl und Bott, Marie, Pauline, in Höfen a. G.
  - 11. Jan. Pflugfelder, Karl Paul, Metzger in Stuttgart und Weller, Bertha, Dienstmädchen in Stuttgart. (Gestorbene.)
  - 7. Jan. Ackermann, Amalie geb. Graf, Ehefrau des Johann Philipp Ackermann hier, 58 Jahre alt.
  - 8. Jan. Treiber, Elsa Emma Anna, in Eprollenhau, 2 Monate alt.
- Massenbachhausen, 13. Januar.** Bei der heutigen Ziehung der Kirchenbauotterie Massenbachhausen fielen auf folgende Nummern erste Gewinne: No. 29 525 15 000 Mk., No. 24 142 6000 Mk., No. 82301 2000 Mk. No. 91 486 1000 Mk., No. 60516 1000 Mk., No. 27 308, 29202, 78517 je 500 Mk. (Ohne Gewähr).
- Neuenbürg, 14. Jan.** Das k. Oberamtsphysikat erucht um Einsegnung der Leichenschauregister und Gebammentagbücher.

**Bahn-Atelier**

**Neuenbürg**  
**Hauptstraße 211.**  
 Unterzeichneter empfiehlt sich in der Behandlung kranker Zähne. Einsetzen einzelner Zähne, sowie ganzer Gebisse unter sorgfältiger Bedienung.  
**Jul. Klausner,**  
 Zahntechniker.  
**Sprechstunden:**  
 in Wildbad jeden Montag im Hause des Herrn Wäcker. Besuche Hauptstr.

**Busten!**

Wer daran leidet, gebrauche die alleinbewährten bustenstillenden und wohlschmeckenden  
**Kaiser's**  
**Brust-Caramellen**  
 (Wahl-Extrakt in fester Form.)  
 2740 not. beglaubigte Zeugn. beweisen den sichern Erfolg bei Husten, Heiserkeit, Katarrh und Verschleimung.  
 Paket 25 Pfg.  
 Niederlage bei  
**Anton Heinen,**  
 Wildbad-Pforzheim.

**Druck-Makulatur**

hat billig abzugeben  
 Verlag des  
**Freien Schwarzwälder.**

**Sächsische Tuch-Schuhe**

sowie  
**Kinderfußstiefel**

sind wieder eingetroffen u. empfiehlt solche  
**Gottl. Rixinger.**

**ZIGARREN**

(Nicotin-Arm)  
**C. W. Gott.**

**Wildbad. Bekanntmachung**

Betreffend die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung § 25 und 45. Ziff. wird folgendes bekannt gemacht:

1. Zum Zweck der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit

**vom 15. Januar bis 1. Februar 1905**

bei der Ortsbehörde anzumelden:

1. Alle im Kalenderjahr 1885 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1905 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem deutschen Reiche angehören. Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsorte selbst erfolgt.
2. Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse, oder als überjährig Zurückgestellten. Diese Anmeldungspflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Lösungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohnsitzes, des Standes etc.) dabei anzugeben. Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Erfahrsbehörden ausdrücklich hievon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.
3. Eingewanderte, bei früheren Aushebungen Uebergangene etc. (R. M. G. § 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.
4. Die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten haben sich beim Eintritt in das militärpflichtige Alter, sofern sie nicht bereits vorher zum aktiven Dienst eingetreten sind, bei der Erfahrskommission ihres Bestimmungsortes (Oberamt) schriftlich oder mündlich zu melden und unter Vorlegung ihres Berechtigungscheines ihre Zurückstellung von der Aushebung zu beantragen.
- II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Diensthöten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte der Rekrutierungsstammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen den Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein, oder sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt, noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsorte, und wenn der Geburtsort im Ausland liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.

III. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach No. 2 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdienner, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehrer, Väter oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

IV. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sich in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

V. Die Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Bestellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Erfahrsbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Den 7. Januar 1905.

**Stadtschultheißenamt:**  
**Währner.**

**Von heute ab**

gewähre auf mein großes Lager  
**Rein- und Halbleinen**  
 in allen Breiten und nur solidesten Fabrikaten, sowie auf  
**Tischzeuge, Servietten, Handtuchzeuge, Waschtücher**  
 abgepaßt und am Stück

**10 Prozent Rabatt** gegen Barzahlung,  
**5 Proz. Rabatt** gegen Zahlung bis Oktober 1905.

Obige Artikel entstammen aus alten billigen Abschläffen und ist meinen werten Abnehmern Gelegenheit geboten, nur erstklassige Fabrikate billig zu erwerben.

**Phil. Bosch**  
**Wildbad.**

NB. Einige Qualitäten, wo es der sogenannte Marktpreis nicht zuläßt, bleiben von obiger Begünstigung ausgeschlossen.

**Schuld- u. Bürgscheine** hält stets vorrätig die Buchdruckerei von G. Hofmann.

**Gasthaus z. Uhlandshöhe**

Heute Montag  
**Metzelsuppe**  
 wozu freundlichst einladet  
**Karl Schmid.**

**Chr. Brachhold, Wildbad,**  
 König-Karls-Strasse 81 B.

empfiehlt  
**Süd-Weine, Badische Weine,**  
**Diverse Marken Cognacs,**  
**Burgess, Kessler-Sekt**  
**franz. Champagner**  
**Tee's neuester Ernte,**  
**Houtens Cacao,**

**Grosses Cigarren-Lager**  
 in circa 50 Sorten.

**„Havana-Cigarren.“**  
 Bremer Hamburger u. Mannheimer Fabrikate.